

LDP will in Bern für mehr Pragmatismus sorgen

Liberaler Nationalratskandidaten präsentierten ihr politisches Programm

Von Julian Eicke

Basel. LDP-Spitzenkandidat Christoph Eymann will zurück nach Bern, dorthin, wo er während zehn Jahren als Nationalrat amtierte, bevor er 2001 in die Basler Regierung gewählt wurde. Neben dem Erziehungsdirektor kandidieren Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein sowie die drei Grossräte André Auderset, Conradin Cramer und Heiner Vischer.

Doch nicht nur dem Nationalrat täte «ein Schuss LDP» gut, sondern auch dem Nachbarkanton, merkte Eymann mit einem Seitenhieb aufs Baselbiet an: «Gäbe es uns Liberale im Baselbiet, wäre der unselige Entscheid zur Uni nicht so herausgekommen.» Er setzt

seine thematischen Schwerpunkte in der Bildungspolitik: Der Schwächung der Wirtschaft durch den starken Franken müsse mit einer Stärkung der Bildung auf allen Stufen begegnet werden. Weiter könne er auch seine gute Vernetzung und seinen Pragmatismus als Brückenbauer in Bern als Trümpfe auspielen. Ein allfälliges Doppelmandat, welches er bei einer Wahl während eines Jahres ausüben müsste und welches laut Gesetz zulässig ist, sieht er dagegen nicht als Problem.

Patricia von Falkenstein legt den Schwerpunkt auf die Familienpolitik: «In Basel haben wir ausgezeichnete Tagesstrukturen. Dies ist aber längst nicht überall so.» Es gelte, mehr für die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und

Familie zu tun, jedoch ohne Zwang: «Wollen Frauen zu Hause bei den Kindern bleiben, sollen sie dies tun können, ohne schief angeschaut zu werden.»

André Auderset will sich für einen Abbau der Regulierungen von staatlicher Seite einsetzen. Insbesondere das Gewerbe werde immer stärker von Vorschriften eingeengt. Der Energie- und Verkehrspolitik nimmt sich Heiner Vischer an: Zwar befürworte auch er einen Ausstieg aus der Atomenergie – deren Verteufelung sei jedoch verfehlt.

Conradin Cramer will den Föderalismus stärken und ist gegen immer neue Bundeskompetenzen: «Wir stehen dafür ein, dass möglichst viel auf den direkt betroffenen Staatsebenen Kanton und Gemeinde geregelt wird.»